



Dr. Gabriele Kötschau, MdL · Landeshaus · Postfach 7121 · 24171 Kiel

Herrn
Vorsitzenden des Europaausschusses
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Rolf Fischer

im Hause

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

**Vizepräsidentin des
Schleswig-Holsteinischen
Landtages**

☎ (0431) 988-1344

☎ (0431) 988-1313

✉ g.koetschau@spd.ltsh.de

Kiel, 25.11.2003

L 205

bri-aus-øresund-gk-ls-m.rtf

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

während der Tagung des Minderheitengremiums des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 29.10. d.J. hatte ich Gelegenheit, mit dem neuen Beauftragten für die Minderheiten der Botschaft der Bundesrepublik in Kopenhagen, Herrn Peter Silberberg, zusammen zu treffen. Wir sprachen u.a. über die schwedisch-dänische Steuervereinbarung für die Øresundregion. Ich bat ihn, mir den Text dieser Vereinbarung einmal zukommen zu lassen, damit wir überprüfen, ob und ggf. in wie weit diese Vereinbarung auf die deutsch-dänische Grenzregion übertragen werden kann.

In der Anlage übersende ich Ihnen den Text mit der Anregung, diesen den Mitgliedern des Europaausschusses zugänglich zu machen und die Sache in einer der nächsten Europaausschusssitzungen zu behandeln.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

BOTSCHAFT KOPENHAGEN

Gz.: Wi 400.03

Ber.Nr.: 538

Verf.: Dölger

Kopenhagen, den 14. November 2003

An das

Auswärtige Amt

B e r l i n

Federführung: Referat E09

DD: Botschaft Stockholm, BMF, BMWA, Ref XA4, bfai, Hr. Strohbach
Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein, Beauftragte für
Minderheiten und Grenzland, Fr. Schnack
Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern
Senat Hamburg

Betr.: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Integration der
Öresundregion

hier: Dänisch-Schwedische Vereinbarung zu Steuern und Abgaben für
Grenzpendler / Einrichtung eines Grenzgängerzentrums

Bezug: SB 424 vom 12.09.2003 – Gz. w.o. –

Anlage: -1-

--- zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung---

1. Zusammenfassung

Die Paraphierung eines seit über einem Jahr verhandelten Ergänzungsabkommens zum Dänisch-Schwedischen Doppelbesteuerungsabkommen von 1996 und der Abschluss einer innerdänischen Vereinbarung über die Einrichtung eines Grenzgängerberatungszentrums stellen wichtige Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Integration der Øresundregion dar. Die Vereinbarungen wurden insbesondere von der Wirtschaft begrüßt. Einige der Bestimmungen erscheinen auch für das deutsch-dänische Verhältnis interessant und sollten geprüft werden.

2. Im Einzelnen

a) Das bilaterale Abkommen

Die von den Steuerministern der beiden Länder am 29. Oktober paraphierte Vereinbarung lässt die jeweiligen allgemeinen steuerrechtlichen Bestimmungen unangetastet (insbesondere die Regel der Besteuerung am Arbeitsort) und versucht spezifische Lösungen für die wichtigsten Probleme der Pendler in der Øresundregion zu finden. Die Vereinbarung sieht insbesondere vor:

- Eine Kompensationsordnung für die Steuerausfälle insbesondere der schwedischen Kommunen, in denen eine größere Anzahl von Pendlern wohnt (insgesamt ca. 3.000), die in Dänemark arbeiten und dort besteuert werden. Die Kommunen werden dadurch für die Inanspruchnahme von kommunalen Leistungen (Kinderbetreuung, Schulen etc.) durch die Pendler und deren Familien entschädigt. Die Größenordnung der Zahlungen, die Dänemark vorauss. an Schweden leisten muss, wird nach einem pro-rata-Schlüssel ermittelt. Schätzungen gehen von 100 bis 200 Mio DKR (ca. 15-25 Mio Euro) p.a. aus.
- Beiträge für gesetzliche und private Rentenversicherungen im Land des Wohnorts können von dem zu versteuernden Einkommen im Land des Arbeitsplatzes abgezogen werden. Dies wird insbesondere Schweden zu Gute kommen, die für kürzere Zeiträume in Dänemark arbeiten und dort keine Leistungsansprüche erwerben. Eine derartige Bestimmung gibt es für deutsche Grenzpendler nicht.
- Die Brückenmaut für PKW bzw. Bahn- und Fährkosten über den Øresund werden steuerlich abzugsfähig. Dies war eine immer wieder vorgebrachte Forderung der Wirtschaft. Damit wird der Anreiz erhöht, auf der jeweils anderen Seite eine Arbeit aufzunehmen. Gleichzeitig dürften sich positive Effekte auf die Auslastung der Brückenverbindung ergeben.
- Die steuerlichen Regeln für Personen, die von zuhause oder in beiden Ländern arbeiten, werden klarer ausgestaltet. Heimarbeiter werden nach den Regeln des Landes besteuert, in dem sie angestellt sind. Zeitarbeiter im Wechseleinsatz über die Ländergrenzen hinweg werden jeweils anteilig besteuert.

Die Bestimmungen werden nach der Ratifizierung durch beide Länder, frühestens am 01.01.2004, in Kraft treten.

b) Das dänische Grenzgängerzentrum

Als Antwort auf die immer wieder vorgebrachten Klagen wegen unzureichender Information über den Dschungel von zu beachtenden Regeln wird ebenfalls ab 01.01.2004 ein Zentrum mit Pendlerberatungsstellen in Kopenhagen und Helsingør eingerichtet. Das Zentrum wird von diesen beiden Kommunen getragen, die auch am meisten von den Pendlern aus Schweden profitieren. Hauptaufgabe des Zentrums ist die Konzentration der Beratung im Bereich Personenbesteuerung, Mehrwertsteuer, KFZ- und Arbeitsmarktabgaben. In den Zentren sollen Spezialisten aus mehreren Verwaltungen arbeiten, die bestimmte Entscheidungen selbstständig treffen können. Im Idealfall soll der Pendler in den Beratungsstellen alle für ihn relevanten Fragen klären können. Personen, die aus Dänemark ein

jährliches Einkommen von mehr als 150.000 DKR (ca. 20.000 Euro) beziehen und in Schweden wohnen (ca. 8.000 Personen), werden automatisch erfasst. Alle anderen können sich von Fall zu Fall beraten lassen.

3. Wertung

Die beiden Vereinbarungen sind eine gute Nachricht nach Jahren der Stagnation auf diesem Gebiet und werden der praktischen Seite der Integration über den Øresund hinweg wichtige Impulse geben. Die Probleme im steuerlichen Bereich stellten insbesondere Hindernisse für umzugswillige Dänen dar. Angesichts des deutlichen Preisgefälles zwischen Dänemark und Schweden (insbes. Neubauwohnungen, KFZ, Energie, allgemeine Lebenshaltung) wird der Umzug nach Schweden damit noch attraktiver. Die Region Malmö wird aufgewertet. Auch Firmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen auf beiden Seiten werden von der Vereinfachung der Regeln und dem Pendlerzentrum profitieren.

Ein Anfang ist gemacht und es ist zu hoffen, dass die Regierungen nun auch die Integration der Arbeitsmärkte weiter vorantreiben werden.

4. Mögliches Weiteres Vorgehen

DNK-Steuerminister Svend Erik Hovmand hatte zu Beginn der Verhandlungen im Juni 2002 mehrfach öffentlich sowie im direkten Gespräch mit Botschafter Dohmes unterstrichen, im Falle eines Abschlusses mit Schweden eine entsprechende Übertragung auf das deutsch-dänische Verhältnis anzustreben. Mehrere Folketingabgeordnete aus der Grenzregion haben bereits Unterstützung für ein solches Vorhaben signalisiert.

Die Botschaft schlägt vor zu prüfen, welche Teile der dänisch-schwedischen Vereinbarung auch im deutsch-dänischen Verhältnis (Grenzpendler, Umzügler) von Interesse sein könnten und anschliessend mit den dänischen Stellen Kontakt aufzunehmen.

Der dänischsprachige Text der bilateralen Vereinbarung liegt diesem Bericht bei. Eine Übersetzung des Textes ist der Botschaft derzeit wegen einer längeren Erkrankung der Übersetzerin nicht möglich.

Um Weisung wird gebeten.

Im Auftrag

Dölger

**AFTALE MELLEM KONGERIGET DANMARK OG
KONGERIGET SVERIGE OM VISSE SKATTESPØRGSMÅL**

I forholdet mellem Danmark og Sverige skal følgende gælde i henhold til Overenskomst af 23. september 1996 mellem de nordiske lande til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter.

- 2 -

Artikel 1

1. Hvis en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer løn eller andet lignende vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold, som normalt udføres i den anden kontraherende stat, for en arbejdsgiver, der er hjemmehørende i denne anden stat, eller ved et fast driftssted eller et fast sted, som personens arbejdsgiver har i denne anden stat, skal arbejdet ved anvendelse af artikel 15, stykke 1 og 2, anses for udført i denne anden stat, selvom arbejdet faktisk udføres i den førstnævnte stat eller i en tredjestat, såfremt

- a) arbejdet i den førstnævnte stat udføres af personen i dennes egen bolig, eller
- b) arbejdet i den førstnævnte stat eller i en tredjestat udgør tjenesterejse eller andet arbejde af lejlighedsvis karakter,

men kun, hvis arbejdet i den anden stat udgør mindst halvdelen af arbejdstiden i hver 3-måneders periode.

2. Bestemmelserne i stk. 1 gælder

- a) i tilfælde, hvor arbejdsgiveren ikke er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kun hvis den løn eller det andet lignende vederlag, som personen oppebærer, påhviler et fast driftssted eller et fast sted, som arbejdsgiveren har i den anden stat,
- b) i tilfælde, hvor arbejdsgiveren er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kun hvis den løn eller det andet lignende vederlag, som personen oppebærer, ikke påhviler et fast driftssted eller et fast sted, som arbejdsgiveren har i den førstnævnte kontraherende stat.

Artikel 2

1. Hvis en fysisk person erhverver indkomst fra erhvervsvirksomhed, frit erhverv eller personligt arbejde i tjenesteforhold, som efter artikel 7, 14, 15 eller 19 kan beskattes eller kun kan beskattes i en kontraherende stat, og deltager i en pensionsordning i den anden kontraherende stat, skal

- a) bidrag, som denne person betaler til pensionsordningen, være fradragsberettiget i den førstnævnte stat, og
- b) bidrag, som denne persons arbejdsgiver betaler til pensionsordningen, ikke anses som skattepligtig indkomst i den førstnævnte stat for personen samt være fradragsberettiget i denne stat for arbejdsgiveren.

2. Bidraget skal dog alene være fradragsberettiget eller ikke anses som skattepligtig indkomst i den førstnævnte kontraherende stat indenfor de beløbsgrænser, som gælder for bidrag, der betales til en pensionsordning efter lovgivningen i begge de kontraherende stater.

3. Denne artikel gælder kun:

- a) i tilfælde, hvor personen, som kan beskattes eller kun kan beskattes i den førstnævnte kontraherende stat af indkomst fra erhvervsvirksomhed, frit erhverv eller personligt arbejde i tjenesteforhold i denne stat, er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, hvis indkomsten udgør mindst 75 pct. af den pågældendes samlede indkomst fra

- 3 -

- erhvervsvirksomhed, frit erhverv eller personligt arbejde i tjenesteforhold med fradrag af samtlige udgifter afholdt for at erhverve indkomsten (nettoindtægt), og
- b) i tilfælde, hvor personen, som kan beskattes eller kun kan beskattes i den førstnævnte kontraherende stat af indkomst fra erhvervsvirksomhed, frit erhverv eller personligt arbejde i tjenesteforhold i denne stat, er hjemmehørende i denne stat, hvis personen deltog i og bidrag blev betalt til pensionsordningen, umiddelbart inden den pågældende blev hjemmehørende i denne stat.
4. Ved anvendelsen af stk. 1 skal udtrykket "pensionsordning" betyde en ordning, som
- a) for Danmarks vedkommende er omfattet af pensionsbeskatningslovens afsnit I,
- b) for Sveriges vedkommende er omfattet af 28 eller 58 kap. i indkomstskatteloven (1999:1229).

Artikel 3

Fysiske personers udgifter for rejser over Øresundsbroen skal tages i betragtning ved opgørelsen af den skattepligtige indkomst, hvis de afholdes for normal rejse mellem den sædvanlige bopæl og arbejdspladsen. Der er dog kun ret til fradrag, hvis sådanne almindelige betingelser for hvad der gælder for sådanne rejser, er opfyldt, eksempelvis for så vidt angår krav om tidsbesparelse. Udgifterne skal tages i betragtning med udgangspunkt i den dokumenterede udgift til billigste periode abonnement for passage i personbil henholdsvis passage med kollektivt transportmiddel.

Artikel 4

Artikel 31, stykke 5, omfatter ikke personer, der er hjemmehørende i Danmark.

Artikel 5

1. Den kontraherende stat, som tillægges beskatningsretten efter artikel 1, skal beskatte lønmodtageren efter denne stats regler for lønmodtagerbeskatning, selvom arbejdet faktisk udføres i den anden kontraherende stat eller i en tredjestat.
2. Pensioner eller livrenter, der betales fra en kontraherende stat til en person, som er hjemmehørende i denne stat, skal beskattes efter denne stats almindelige regler, selvom denne stat ikke har nedsat sin beskatning i forbindelse med bidrag til denne ordning, når den anden kontraherende stat efter artikel 2 tidligere har anset bidrag betalt
- a) af den fysiske person for at være fradragsberettiget, eller
- b) af den fysiske persons arbejdsgiver for ikke at være skattepligtig indkomst for den fysiske person samt for at være fradragsberettiget ved beregningen af arbejdsgiverens skattepligtige indkomst.
3. Bestemmelserne om fradrag for bidrag til en pensionsordning efter artikel 2 og for udgift til

- 4 -

rejser over Øresundsbroen efter artikel 3 gælder alene, hvis den fysiske persons indkomst beregnes på nettobasis med mulighed for fradrag for udgifter.

Artikel 6

Såfremt en fysisk person hjemmehørende i en kontraherende stat erhverver indkomst fra personligt arbejde i tjenesteforhold i den anden kontraherende stat (bruttoindkomst), og denne indkomst for et skatteår udgør mindst et beløb svarende til 150.000 dansk kr. før fradrag for udgifter afholdt for at erhverve indkomsten, skal denne anden stat betale et udligningsbeløb til den førstnævnte stat. Denne udligning skal ske senest 1. oktober i året efter det aktuelle skatteår. Udligningsbeløbet skal for Danmarks vedkommende være den gennemsnitlige primærkommuneskat oppebåret af indkomst, der beskattes i Danmark efter artikel 15. Udligningsbeløbet skal for Sveriges vedkommende være den gennemsnitlige kommuneskat, som opkræves for primærkommunernes regning, og som beregnes af indkomst, der beskattes i Sverige efter artikel 15. Denne artikel gælder dog ikke for indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, erhverver for arbejde udført ombord på svensk eller dansk skib i international trafik. De kontraherendestaters kompetente myndigheder kan indgå en gensidig aftale om den nærmere udformning af udligningsordningen. Med "kompetent myndighed" forstås den myndighed, som efter dobbeltbeskatningsoverenskomsten mellem de nordiske lande er udpeget at være kompetent myndighed. De kontraherende stater har til hensigt at revurdere denne ordning hvert femte år eller ved væsentlige ændringer af skattesystemerne.

Artikel 7

1. Denne aftale træder i kraft den enogtyvende dag efter den dag, hvor de to kontraherende stater skriftligt har meddelt hinanden, at de forfatningsmæssige betingelser, som kræves i de respektive stater, er opfyldt, og dens bestemmelser skal anvendes for så vidt angår

- a) artikel 2, artikel 3, artikel 5, stk. 2 og 3, samt artikel 6 for indkomstskatter, som pålignes for skatteår, som begynder den 1. januar 2004 eller senere, og
- b) artikel 1, artikel 4 og artikel 5, stk. 1, for indkomstskatter, som pålignes for skatteår, som begynder den 1. januar i det kalenderår, som følger nærmest efter det år, hvori aftalen træder i kraft, eller senere.

2. Hvis det viser sig, at der er skattemæssige hindringer for den fortsatte integration i Øresundsregionen, er Danmark og Sverige enige om at indlede forhandlinger for at overveje indførelse af ny bestemmelser eller ændring af bestemmelserne i denne aftale eller at tage initiativ til ændringer af overenskomsten af 23. september 1996 mellem de nordiske lande til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter.

Artikel 8

En kontraherende stat kan senest den 30. juni i ethvert kalenderår opsigte aftalen ved skriftlig meddelelse herom til den anden kontraherende stat. Denne aftale ophører i så fald at gælde for indkomstskatter, som pålignes for skatteår, som begynder den 1. januar i det kalenderår, som følger nærmest efter det år, hvori opsigelsen sker, eller senere.

- 5 -

Til bekræftelse heraf har de dertil behørigt befuldmægtigede undertegnet denne aftale.

Udfærdiget i København den 29. oktober 2003 i to eksemplarer på dansk og svensk, således at begge tekster har lige gyldighed.

For Kongeriget Danmarks regering

For Kongeriget Sveriges regering

Svend Erik Hovmand

Bosse Ringholm